

# DIESE GRÜNEN!



## BERGISCHE SONNE ALS ARENA-STANDORT

### BRACHE NUTZEN STATT BIOTOP BEBAUEN



Nachdem der Bergische Handball-Club den Klassenerhalt geschafft hat und somit auch weiterhin in der stärksten Handball-Liga der Welt spielt, stellt sich drängender denn je die Frage nach der zukünftigen Spielstätte des Bundesligisten.

der wichtigsten überregionalen Biotopverbünde im Rechtsrheinischen ist: vom Rhein über die Ohligser und Hildener Heide durch das Ittertal bis zu den Natura 2000-Gebieten des Tales der Wupper. Um hier eine Großhalle zu errichten, müssten einschneidende

Eingriffe in das Gelände vorgenommen werden. Das würde dem von uns GRÜNEN vertretenen Grundsatz des Flächensparens, das die Wiederbebauung von Brachflächen gegenüber der Bebauung bislang freier Flächen bevorzugt, widersprechen.

Bereits im November 2014 beschloss der Rat der Stadt Wuppertal auch mit den Stimmen der GRÜNEN Ratsfraktion, den BHC bei seinen Plänen für eine neue Sport- und Eventarena zu unterstützen. Daran hat sich aus GRÜNER Sicht nichts geändert. Seither gab es allerdings keine weitere Beratung der Ratsgremien, keinen Beschluss eines zuständigen Ausschusses zu diesem Thema.

Hinter den Kulissen wurde umso heftiger an der Realisierung des Projektes gearbeitet, favorisierter Standort ist bis heute der Piepersberg in Solingen. Dabei wissen alle Beteiligten, dass der Piepersberg Kernstück eines



Um dem BHC trotzdem eine vernünftige Perspektive für sein Vorhaben zu geben, brachten wir daher den Vorschlag ein, das Grundstück der ehemaligen Bergischen Sonne auf Lichtscheid zu prüfen.

Der Standort hätte mehrere Vorteile: die Gesamtfläche (inklusive des östlichen Teils, der früher teilweise als Parkplatz genutzt wurde) hat eine Größe von ca. vier Hektar und entspricht daher den Mindestanforderungen des Vereins, sie ist bereits erschlossen, die vorhandenen Rahmenbedingungen (insbesondere im Bereich des ÖPNV) sind ausreichend bis gut und die Lage würde dem Ziel



einer Eventhalle für das Bergische Städtedreieck eher gerecht als eine Halle im äußersten Westen der Städteregion.

Wir hoffen, dass die Wuppertaler Stadtverwaltung, die Bergische Struktur- und Wirtschaftsgesellschaft und der BHC diesen Vorschlag ernst nehmen und einer intensiven, wohlwollenden Prüfung unterziehen. Wir Wuppertaler\*innen haben am Beispiel der geplanten Bebauung des Carnaper Platzes ja bereits Erfahrung damit gemacht, wie gewinnbringend es sein kann, nicht die erstbeste Lösung durchzupeitschen, sondern auch alternative Überlegungen zuzulassen.



### GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Radverkehr im Wuppertal nimmt immer mehr Fahrt auf, das freut uns natürlich. Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für dieses nachhaltige Verkehrsmittel ein. Warum jedoch beim Radhaus am Döppersberg nicht alles Gold ist, was glänzt, und was sonst noch zu tun ist, erläutern wir in der aktuellen Ausgabe unserer Zeitung.

Unser Antrag auf einen Kulturentwicklungsplan stößt auf viel Zustimmung bei Fachleuten in der Kulturszene und bei den anderen Fraktionen. Weitere Themen sind die Zustände im Einwohnermeldeamt, die Sicherheit von Stadtteilfesten und vieles mehr.

Wir verabschieden uns in die Sommerpause und wünschen Ihnen schöne Ferien, wo immer Sie diese verbringen. Genießen Sie die Urlaubszeit.

Ihr Redaktionsteam

## AUS DEM INHALT

Seite 2  
Schaeffler baut Stellen ab

Seite 3  
Straßenfeste in Wuppertal

Seite 4  
Das Radhaus kommt, aber wie komme ich hin?

Seite 5  
Mehr Transparenz für Wuppertal



## GRÜNER KULTURENTWICKLUNGSPLAN

### IN RAUEN ZEITEN EINEN KLAREN KURS FINDEN

Schön, wenn man einen Plan hat und die finanziellen Mittel, ihn umzusetzen. Doch schon seit geraumer Zeit ist die Wuppertaler Kulturlandschaft chronisch unterfinanziert.

Dies werden auch wir als GRÜNE Ratsfraktion nicht kurzfristig ändern können, denn der Sparzwang des Haushaltes macht zurzeit nichts anderes möglich. Dennoch ist es uns wichtig, eine planvolle und maßvolle Kulturpolitik mitzugestalten, die eine längerfristige Idee von dem beinhaltet, wo Kulturpolitik in Wuppertal hin möchte.

Dazu braucht es aus GRÜNER Sicht einen Kulturentwicklungsplan mit einer Bestandsaufnahme aller Wuppertaler Kulturinitiativen und Einrichtungen sowie einer Einschätzung, wo es Synergieeffekte, Veränderungspotenziale und Weiterentwicklungen geben sollte. Es geht also nicht nur um die Frage, wie mehr Geld in die freie Kulturszene fließen kann, sondern gegebenenfalls auch darum, wie Gelder zwischen städtischer und freier Kultur umverteilt werden können. Wir fordern eine Diskussion ohne Denktabus, die vor allem groß gedacht wird, nämlich berg-

gisch! Nur so können zum Beispiel EU-Fördergelder akquiriert werden, nur so bringt man Kultur und Tourismus in unserer Region nach vorn, zwei wichtige Standort- und Stadtentwicklungsfaktoren.

Eine Kulturentwicklungsplanung ist schlussendlich weitaus mehr als „totes Papier“, sie dient dazu, politische Entscheidungen langfristig und mit Bedacht vorzubereiten. Sie ist somit auch ein langfristiger Beratungsprozess, deshalb erscheint es uns sinnvoll, bis zum Ende der Wahlperiode eine Begleitkommission Kulturent-

wicklungsplan einzurichten, in der neben der Politik auch die Kulturverwaltung, freie Kulturszene und die Wuppertaler Bühnen vertreten sind. Denn eins ist klar: Es geht nur gemeinsam. Darum soll es einen breit angelegten Dialogprozess geben, an dem sich Besucher\*innen der Einrichtungen, alle Kulturschaffenden und die Politik beteiligen. Dass die Herkulesaufgabe nur im Zusammenspiel von Bürgerbeteiligungsbüro, Kulturbüro und ggfs. mit Unterstützung der Universität gewuppt werden kann, ist uns klar. Packen wir es an!

## GASTKOMMENTAR: DIE FREMDEN, DIE RECHTE UND DAS BEFREMDLICHE DER RECHTEN ...

### ■ VOM KREISVORSTAND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

„Deutschland braucht mehr Wuppertal“ schrieb „Die Zeit“ am 22.10.15 und lobte die Willkommenskultur im Tal.

Nach den turbulenten Wochen im letzten Jahr folgen die Mühen der Ebene: Sprachbarrieren, Bildungs- und Qualitätsdefizite, eine kafkaeske Bürokratie und nach wie vor beschränkte Finanzmittel. Aber es gibt auch eine aktive Flüchtlingshilfe in den Stadtteilen, engagierte Unternehmen und eine mutige Stadtverwaltung. Das geplante Integrationszentrum mit Jobcenter,

Arbeitsagentur und dem städtischen Ressort Integration und Zuwanderung hat Modellcharakter. Die Integration ist eine Mammutaufgabe, über die die GRÜNEN in einer Veranstaltung im Café Swane mit Jürgen Lemmer (Ressort Zuwanderung und Integration der Stadt Wuppertal) und der Landesvorsitzenden Mona Neubaur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW diskutierten – aber sie wird auch unserem Jammertal neue Impulse geben.

Viele sehen es ähnlich. Andere nehmen die Flüchtlinge zum Anlass, um

den Hass auf Ausländer\*innen und Linke wieder salonfähig zu machen. Wuppertal ist (nach Dortmund, pro Einwohner gerechnet) auch die zweitgrößte Hochburg der Neonazis.

Auf einer Podiumsdiskussion in der VHS, organisiert vom GRÜNEN Kreisvorstand, mit der Linken Rathausfraktion und der Koordination Demokratie und Toleranz, wurde „Rechte Gewalt und Polizeiversagen. Auch in Wuppertal?“ thematisiert. Anlass war der Angriff dreier HoGeSa-Aktivistinnen auf einen Besucher des Auto-

nomen Zentrums am 11.04.2015. Das Opfer wurde lebensgefährlich verletzt. Obwohl die Täter kurz danach gefasst wurden, wurden AZ-Besucher der Beihilfe zum Mord angeklagt. Erst nach Monaten wurden die Anklagen fallen gelassen.

Auf dem Podium diskutierten u.a. MdL Verena Schäffer (GRÜNE), MdL Andreas Bialas (SPD), Dieter Nelles („Kein Ort für Nazis“), Marat Trusov (Initiative für Demokratie und Toleranz) und Anke von der Opferberatung für Opfer rechter Gewalt.

Leider folgte die Polizeipräsidentin, Birgitta Radermacher, der Einladung nicht.

Verena Schäffer, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags, machte deutlich: Es muss noch viel Überzeugungsarbeit bei Polizei und Justiz geleistet werden, um die Blindheit auf dem rechten Auge zu kurieren.

Die Wuppertaler Ereignisse werden jetzt Thema im Innenausschuss des Landtags.

## WIRTSCHAFT FÜR ALLE

### ■ GRÜNDUNG DER GRÜNEN WIRTSCHAFTS-AG

„It's the economy, stupid“ – Es ist die Wirtschaft, Dummkopf (die die Wahl entscheidet) – diese Worte Bill Clintons haben wir uns mit der Gründung einer GRÜNEN Wirtschafts-AG zu Herzen genommen.

Bei der Auftaktveranstaltung in der Villa Media Anfang Mai 2016 in Anwesenheit von Dr. Birgit Beisheim, der industriepolitischen Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW, hielt Jörg Heynkes einen enthusiastischen Vortrag über die wirtschaftlichen Innovationen und Herausforderungen der nächsten Jahre. Neue Mobilitätskonzepte, das Internet ... nichts blieb den Zuhörer\*innen erspart. In der folgenden Diskussion wurde auch deutlich, dass sich die politischen Rahmenbedingungen ändern müssen, damit die schöne neue Welt die Bürger\*innen nicht aus der Arbeitswelt in das digitale Prekariat kickt und die Sharing Economy zum Albtraum gerät.

Die AG Wirtschaft wurde auf Initiative von Peter Vorsteher, Marc Schulz und Lutz Weidner gegründet. Ihr Ziel ist der Dialog mit der heimischen mittelständischen Wirtschaft, um Ökonomie und Ökologie auf die richtige Schiene zu bringen. Die WZ hatte mit Marc und Lutz hierzu ein ausführliches Interview geführt. Marc Schulz: „Die Megatrends Digitalisierung und Klimawandel kann man nur mit der Wirtschaft und nicht ohne oder gegen sie

gestalten. Das ist auch eine der Lehren, die wir GRÜNE aus den jüngsten Wahlerfolgen ziehen können: Man kann mit GRÜNER Wirtschaftspolitik Wahlen gewinnen.“

Eine funktionierende Wirtschaft ist die Basis für qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze in Wuppertal. Aber sie wird nur langfristig erfolgreich sein, wenn sie ökologisch und sozial ausgerichtet ist.

Ein gutes lokales Beispiel ist die Barmeria-Versicherung, die ab 2016 CO<sub>2</sub>-neutral arbeiten will und sich strenge Regeln für nachhaltiges Investment gegeben hat. Das Anlageverhalten großer Kapitalsammelstellen ist die mit Abstand größte Stellschraube der Wirtschaftsentwicklung. Daran setzt auch die „Deinvest-Strategie“ im Kohlebereich an.

Diese Entwicklungen möchten wir mit der AG Wirtschaft konstruktiv und kritisch begleiten und freuen uns über alle Mitstreiter\*innen. Neben Betriebsbesuchen – ein Firmenbesuch bei Knipex ist in der Planung – und der Teilnahme an Diskussionsforen von Wirtschaft und Verbänden wird der Arbeitskreis mit regelmäßigen Veranstaltungen die Diskussionen am Köcheln halten.

Kontakt:

**Lutz Weidner**

lutzweidner-bergisch@t-online.de

**Marc Schulz**

marc.schulz@gruene-wuppertal.de

## SCHAEFFLER BAUT STELLEN AB

### ■ AUSWIRKUNGEN AUF WUPPERTAL



Das Unternehmen Schaeffler reduziert systematisch die Rechte von Mitarbeiter\*innen und baut Stellen am Standort Wuppertal ab.

Die Art und Weise, wie kürzlich fast 180 teils langjährige Mitarbeiter\*innen aus dem Unternehmen geworfen wurden, spottet jeder Beschreibung.

Sie wurden ohne Vorwarnung am Arbeitsplatz gekündigt, freigestellt und mussten sofort das Firmengelände

verlassen, obwohl einige schon Jahrzehnte im Betrieb arbeiteten. Das ist für einen selbst ernannten „Familienbetrieb“ ein großer Widerspruch zwischen Anspruch und realem Verhalten. Die IG Metall vermutet, das Unternehmen spiele auf diese Weise gezielt mit der Angst der Beschäftigten.

Darüber hinaus ist das Verhalten von Schaeffler aber auch gefährlich für den Standort Wuppertal. 2013 kündigte das Unternehmen den beste-

henden Standortsicherungsvertrag, der eine Belegschaft von 1.500 Mitarbeitern vorsah und betriebsbedingte Kündigungen ausschloss. Seitdem gibt es keine rechtlichen Hemmnisse mehr, Mitarbeiter\*innen zu entlassen, wovon das Unternehmen regen Gebrauch macht.

Vor dem Hintergrund, dass die Großlagerproduktion nach Rumänien ausgelagert wird, ergibt dieses neoliberale Geschäftsgebaren Sinn, auch wenn es für die Mitarbeiter\*innen in Wuppertal furchtbar ist.

Deshalb haben die GRÜNEN eine Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen eingebracht, um konkrete Antworten bezüglich der Auswirkungen von Produktionsverlagerungen und Stellenabbau auf Wuppertal zu erhalten.

Wir fragen zum Beispiel nach, wie sich die Produktionsverlagerung und der Stellenabbau auf die Gewerbesteuererzahlungen von Schaeffler in Wuppertal auswirken, wie sich der Stellenabbau der Firma Schaeffler auf die Zukunft des Standorts Wuppertal auswirkt und ob zu befürchten ist, dass andere Unternehmen in Wuppertal der Strategie von Schaeffler folgen werden, um ihre Belegschaft zu reduzieren und ggf. langfristig eine Standortverlagerung anzustreben.



## VERBOT VON WILDTIEREN IN ZIRKUSSEN ABGELEHNT

### ■ WUPPERTALER GROKO ERWEIST TIERSCHUTZ EINEN BÄRENDIENST

Vor einem Jahr, am 13.06.2015, verletzte in Buchen ein aus ungeklärter Ursache aus seinem Gehege entkommener afrikanischer Elefant des Circus Luna einen 65-jährigen Passanten tödlich.

Der Vorfall zeigt, welche Folgen die nicht tiergerechte Haltung von Wildtieren in Zirkussen auch haben kann. Laut der Tierrechtsorganisation Peta werden in Deutschland noch immer rund 40 Elefanten und 200 Tiger mit Lastwagen von Stadt zu Stadt gefahren und oftmals in schlecht gesicherten Gehegen zur Schau gestellt. Die Haltungsanforderungen für Wildtiere sind anspruchsvoll und vielfältig, die Erkenntnisse hierüber haben sich in den letzten Jahren stark erweitert.

In Zirkusbetrieben ist nach heutigem Wissensstand eine artgemäße Haltung von Wildtieren praktisch unmöglich. Aktuell gibt es – mal wieder – eine Initiative des Bundesrates für ein bundesweites Verbot von Wildtieren in Zirkussen.

Als GRÜNE Ratsfraktion wollten wir hier nicht einfach passiv abwarten. Denn auch in den Jahren 2003 und 2011 gab es Anregungen von Seiten des Bundesrates, die jedoch erfolglos blieben, da sie von der Bundesregierung nicht umgesetzt wurden. Umso erfreulicher, dass im Gegensatz zur Bundesregierung mittlerweile 17 (!) europäische Länder und mehr als 50 Städte und Gemeinden in Deutschland ein Verbot von Zirkussen mit Wildtieren auf städtischen Flächen beschlos-

sen haben. In Wuppertal wird die Verwaltung jedoch weiterhin Flächen an solche Zirkusse vermieten müssen. Ein GRÜNER Antrag, dies zu verbieten, wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP im Stadtrat abgelehnt. So bezeichnete der Vertreter der FDP entsprechende kommunale Verbote als „Klein-Klein“, gab damit seine Handlungsmöglichkeiten quasi aus der Hand und verwies auf den Bundesgesetzgeber. Der sich – siehe oben – schon seit 13 Jahren nicht zu einer tierschutzgerechten Lösung durchringen kann. Bezeichnend auch hier, dass den Vertretern von SPD und CDU das Thema im Stadtrat noch nicht einmal eine Wortmeldung wert war. Keine guten Zeiten für den Tierschutz in Wuppertal.

## ZEHN JAHRE OHNE BAUMSCHUTZSATZUNG

### ■ BÄUME IN DER STADT SIND SCHÜTZENSWERT!

Im Jahr 2006 wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP die Baumschutzsatzung abgeschafft.

Damals formierte sich großer Widerstand rund um die Stadtbaumfreunde, die ein Bürgerbegehren starteten und mit GRÜNER Unterstützung 10.866 Unterschriften gegen die Abschaffung der Baumschutzsatzung sammelten. Nur ganz knapp wurde das Quorum von notwendigen 11.000 gültigen Unterschriften verfehlt. Trotzdem ließ sich die Ratsmehrheit nicht erweichen und kippte die Satzung.

Seitdem sind viele Bäume in Wuppertal ohne Not gefällt worden, weil sie Parkplätzen weichen mussten, als störend empfunden wurden, zu viel Arbeit machten oder einfach im Wege standen. Ersatzpflanzungen sind ohne Baumschutzsatzung nicht mehr vorgeschrieben, viele Lücken im Stadt- und Straßenbild sind daher nicht mehr geschlossen worden. Seit 2006 haben wir GRÜNE mehrere

Anläufe unternommen, eine neue bürger\*innenfreundliche Baumschutzsatzung einzuführen, sind jedoch immer an der GroKo gescheitert.

Nicht nachvollziehbar ist, dass die CDU die Abschaffung der Baumschutzsatzung vor zehn Jahren feiert, als wäre es ein Befreiungsschlag gewesen, und dies auch noch als „baumfreundlich“ bezeichnet. Doch mit ihrer Haltung verprellt die CDU viele Wuppertaler\*innen, die auch heute noch die Abschaffung bedauern und sich hilflos an unsere Fraktionsgeschäftsstelle wenden, wenn ein Baum in der Nachbarschaft gefällt zu werden droht.

Viel kann jedoch nicht mehr getan werden, um einen Baum zu retten. Manche Bäume sind im Bebauungsplan als erhaltenswert festgesetzt, einige wenige wurden als Naturdenkmäler eingestuft und sind somit geschützt. Dabei müsste es gerade zu Zeiten des Klimawandels jedem bewusst sein, welche wichtigen Funktionen Bäume

innerhalb der Stadt erfüllen: für Klimaschutz, Luftreinhaltung oder Artenschutz. Sie ohne zwingenden Grund zu fällen, bedeutet immer einen ökologischen Verlust. Viele markante und stattliche Bäume können darüber hinaus nicht als Naturdenkmäler festgesetzt werden, weil sie dafür nicht alle Kriterien erfüllen.

Die GRÜNEN halten daher an der Forderung fest, in Zukunft wieder eine modifizierte und bürger\*innenfreundliche Baumschutzsatzung einzuführen.

Im Ausschuss für Umwelt berichtete die Stadtverwaltung im April anlässlich der Abschaffung der Baumschutzsatzung vor zehn Jahren über das Baumförderprogramm und die Unterstützung von Naturdenkmälern.

Unbestritten ist das Baumförderprogramm des Ressorts Umweltschutz eine sinnvolle Dienstleistung, um Bürger\*innen bei der Pflanzung und Pflege von Bäumen zu beraten. Eine Baumschutzsatzung ersetzt es aus unserer Sicht aber nicht.



Cartoon: André Poloczek

## STRASSENFESTE IN WUPPERTAL

### ■ SICHERHEITSAUFLAGEN ZUSAMMEN ANGEHEN



Jede\*r erinnert sich noch: Am 24. Juli 2010 ereignete sich in Duisburg während der 19. Loveparade ein furchtbares Unglück. Im Zugangsbereich der Veranstaltung kam es aufgrund von fehlgeleiteten Besucherströmen und Planungsfehlern zu einem Gedränge unter den Besucher\*innen, in dessen Folge 21 Menschen starben und 541 weitere verletzt wurden. Darüber hinaus teilte der Selbsthilfverein LoPa-2010 im Juli 2014 mit, mindestens sechs Überlebende der Katastrophe hätten sich aufgrund andauernder seelischer Belastungen das Leben genommen.

Bei Veranstalter\*innen und Behörden hat dieses entsetzliche Ereignis zur verstärkten Kontrolle der Einhaltung bestehender Sicherheitsanforderungen geführt. Die NRW-Ministerpräsidentin kündigte zudem an, dass Städte in NRW in Zukunft bei Großveranstaltungen „begleitet und intensiv beraten werden“ sollten. Der NRW-Innenminister ordnete an, dass Kommunen nur noch dann Genehmigungen für Großveranstaltungen erteilen dürfen, wenn alle betroffenen Sicherheitsbehörden mit dem Sicherheitskonzept einverstanden sind. Eine Folge war, dass der NRW-Tag 2013, der ursprünglich in Hückeswagen stattfinden sollte, nach

mehreren Gesprächen mit dem Innenministerium abgesagt wurde, da sich die 15.000-Einwohner-Stadt nicht in der Lage sah, die Sicherheitsbedingungen zu erfüllen.

Und dennoch: Die hohen Sicherheitsanforderungen sind wichtig und richtig. Der Fall des Heckinghauser Bleicherfestes zeigt dies. Es muss für genügend Fluchtraum gesorgt sein, Ordner müssen sich per Funk verständigen können, Fluchtwege müssen ausgeschildert sein. Der Haken an der Sache zeigt sich an ganz anderer Stelle: Die Sicherheitsbehörden beachten – zu Recht – akribisch ihre jeweiligen Vorschriften.

Für einen kleinen Veranstalter wie den Bezirksverein Heckinghausen wird es dann problematisch, wenn eine einzelne Auflage ein schier unüberwindbares Hindernis darstellt. Erst im Zusammenwirken aller Beteiligten ergaben sich in diesem Fall wie von Zauberhand für alle aufgetretenen Probleme geeignete Lösungen – indem nämlich aus der Runde der Beteiligten heraus kreative Lösungen entwickelt wurden. Veranstalter wie der Bezirksverein Heckinghausen brauchen eine solche Unterstützung, damit für die Menschen auch zukünftig großartige Feste über den Stadtteil hinaus erfolgreich stattfinden können.

## STRUKTURELLES HAUSHALTSPROBLEM EINWOHNERMELDEAMT

### FINANZIELLE BELASTUNGEN GERECHTER VERTEILEN

Wuppertal hat ein Haushaltsproblem. Im Rahmen des Stärkungspaktes ist zwar der Haushaltsausgleich in Sicht, aber schon wieder fehlen sechs Millionen Euro, angeblich durch die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst. War dem Kämmerer nicht bekannt, dass auch 2016 über eine Tarifierhöhung verhandelt wird?

#### Wuppertal hat ein Einnahmenproblem

Wuppertal hat weniger ein Ausgabenproblem als vielmehr ein Einnahmenproblem. Die Einnahmen durch die Gewerbesteuer müssten bei einer Großstadt mit 360.000 Einwohnern eigentlich 200 Millionen Euro jährlich betragen. 2015 waren es aber nur 180 Millionen Euro. Weitere Einsparungen sind kaum möglich. Das hat Kämmerer Dr. Slawig selbst öffentlich erklärt: „Schlimmer wäre, beim Personal und den Ausgaben für Sport, Kultur und Vereine zu sparen. Denn da ist in der Vergangenheit schon sehr viel gestrichen worden.“ Die Menschen in Wuppertal merken die Sparmaßnahmen,

wenn sie z.B. ihren Personalausweis verlängern lassen. Die Bezirksregierung hat in den letzten Jahren bereits mehrfach auf weitere finanzielle Risiken für Wuppertal hingewiesen.

#### Gegen eine Erhöhung der Grundsteuer

Falls die von der GroKo in Berlin in Aussicht gestellte Milliarden-Entlastung ab 2018 nicht umgesetzt wird, will der Kämmerer vorsichtshalber die Grundsteuer um 100 Punkte von 620 auf 720 Punkte erhöhen. Die GRÜNE Ratsfraktion lehnt eine alleinige Belastung von Mieter\*innen und Eigentümer\*innen ab. Wir fordern, dass die Risiken auf alle Bürger\*innen und Organisationen verteilt werden, z.B. auch auf Autofahrer\*innen durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung. Außerdem gäbe es sicherlich noch Potenzial bei den Gewinnabführungen der städtischen Töchter. All das wären zumindest gute Signale an die Bürger\*innen, dass man die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen sucht.

### ■ WER SERVICE WILL, MUSS LANGE WARTEN

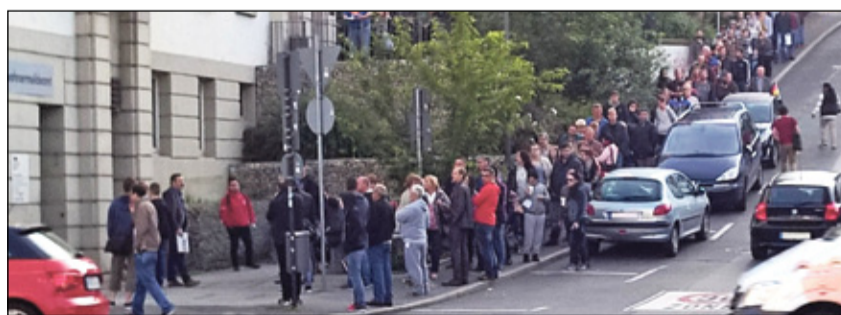


Foto: Privat

**Das Einwohnermeldeamt am Steinweg, Freitagmorgen um kurz vor acht: Die Schlange reicht bis zum Gymnasium Sedanstraße.**

Wer seinen Ausweis verlängern will oder einen Reisepass benötigt, sollte damit rechnen, dass er hier den Vormittag verbringen wird. Kurz nach elf Uhr wird im Internet eine Wartezeit von fast drei Stunden angezeigt. Und wer den Versprechungen der Verwaltung glaubt, mit der Online-Terminvergabe ginge alles schneller, wird ebenfalls enttäuscht: Freie Termine für die

nächsten sechs Wochen sucht man vergeblich. Seit Jahren wird über die katastrophalen Zustände am Steinweg diskutiert, immer wieder wurde von der Stadt erklärt, man habe die Probleme nun im Griff und zukünftig würde sich die Situation deutlich entspannen. Geändert hat sich seitdem nichts. Ausschlaggebend für die Missstände in Barmen sind nicht etwa die Bürger\*innen oder die Angestellten der Stadt. Verantwortlich sind diejenigen im Rat, die 2010 der Zentralisierung der Bürgerdienste und damit der Angebotsausdünnung der Bürgerbüros in

den Stadtteilen zustimmten. 300.000 Euro sollten hierdurch jährlich eingespart werden. Mittlerweile wurde das Personal im Einwohnermeldeamt aufgestockt und das Gebäude soll für fünf Millionen Euro so renoviert werden, dass die Besucherströme aufgefangen werden können. Eine Einsparung ist also nicht mehr in Sicht.

Anstatt weiter Geld auszugeben, das die Auswirkungen einer falschen Entscheidung nicht beseitigen kann, sollte sich die GroKo aus CDU und SPD im Rat endlich der Realität stellen und die Bürgerbüros in den Stadtteilen wieder vollständig öffnen.

Ein entsprechender Ratsantrag der GRÜNEN wurde im Mai letzten Jahres von der großen Koalition noch mit Verweis auf zu erwartende Verbesserungen durch eine Personalausweiserneuerung abgelehnt. Seitdem hat sich spürbar nichts geändert. Wir werden deshalb dieses Jahr einen neuen Anlauf starten und hoffen, dass endlich eine langfristige Lösung des Problems gefunden wird.

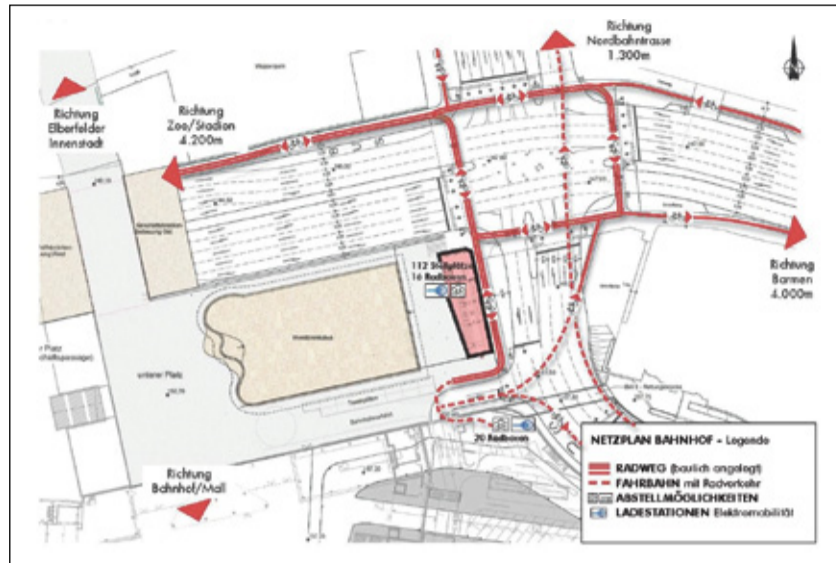
## DAS RADHAUS KOMMT, ABER WIE KOMME ICH HIN?

### WUPPERTAL SOLL FAHRRADSTADT WERDEN ...

und dafür muss es an vielen Stellen Verbesserungen für Radfahrende geben.

Die Stadt plant jetzt, an der Ostseite des neuen Döppersbergs ein sogenanntes Radhaus zu errichten, also eine überdachte und gesicherte Abstellanlage für Fahrräder. Zusätzlich soll es Serviceleistungen geben, wie z.B. Reparaturangebote, einen Fahrradverleih und mehr. In einer aktuellen Drucksache (VO 0205/16) sind verschiedene Modelle beschrieben, die realisiert werden könnten.

Ein Radhaus ist sinnvoll, wenn es in das Wegenetz integriert wird und gut erreichbar ist. Jedoch liegt genau hier das Problem bei den aktuellen Planungen. Die Anbindung vom Hauptbahnhof oder von der B7 ist sehr mühsam, wie die nachstehende Skizze verdeutlicht. Insbesondere eine direkte Anbindung für Bahnfahrer\*innen ist schwierig, da immer Wege genutzt werden müssen, die ausschließlich für Fußgänger\*innen gedacht sind.



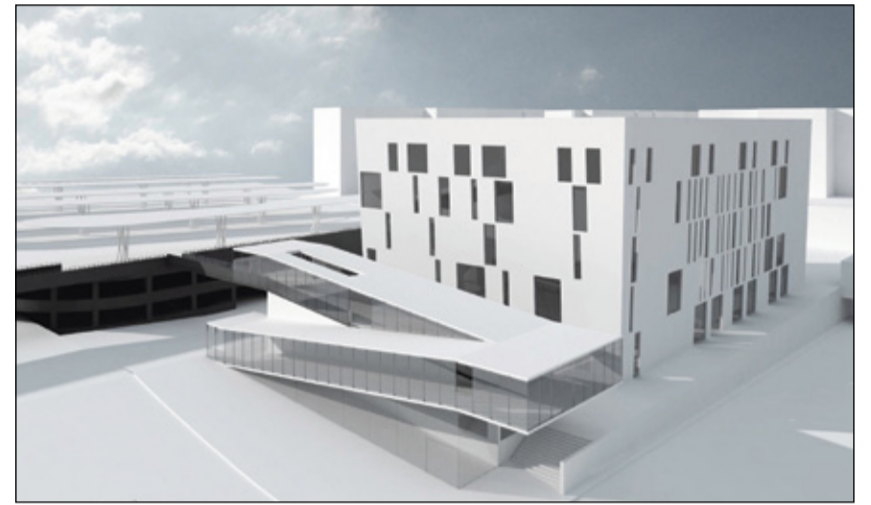
Quelle: Präsentation der Stadt 29.03.2016, Anhang der Drucksache 0205/16

Bei der Präsentation der verschiedenen Varianten war für uns GRÜNE die Variante 3 (siehe Bild) die beste Möglichkeit, da so zumindest die Anbindung an den Busbahnhof direkt gegeben ist. Bei der Größe der Anlage wünschen

wir uns ein modulares System, damit die Zahl der Abstellplätze dem Bedarf angepasst werden kann. Mittlerweile hat die Verwaltung die Drucksache allerdings zurückgezogen, somit wird es vor den Sommerferien keine Ent-

scheidung mehr zu dem Thema geben. Auch die Kosten sind noch offen. Für uns ist die Radabstellanlage am Döppersberg ein Baustein für die Förderung des Radverkehrs. An den anderen Bahnhöfen im Stadtgebiet wären Abstellanlagen – wie z.B. abschließbare Fahrradboxen – auch dringend

nötig, denn nur so kann die Kombination aus Radverkehr und öffentlichen Verkehrsmitteln gelingen. Die Alternativen zum eigenen Pkw müssen gestärkt werden, damit Wuppertal langfristig nicht nur zu einer Fahrradstadt, sondern zu einer Stadt des Umweltverbundes wird.



Quelle: Präsentation der Stadt, 29.03.2016, Variante 3 der Drucksache 0205/16

## FOC UND EINZELHANDEL

### VORSCHLÄGE DER INTERESSENGEMEINSCHAFT 1 DER ELBERFELDER

Die Pläne für die Ansiedlung eines FOC in der alten Bahndirektion am Döppersberg bewegen nicht nur Solingen und Remscheid, sondern insbesondere die Elberfelder Einzelhändler\*innen.

Bei Veranstaltungen der Stadt wurden die Befürchtungen ausgesprochen: Die Besucher\*innen des FOC würden kaum den Weg in die Innenstadt finden. Gerade der Bereich Karlsplatz mit der Rathaus-Galerie würde deutlich leiden. Dabei geht es ihm schon bisher nicht gut. Um die Situation zu verbessern, schlug die IG1 eine Rampe vom Hauptportal des FOC zur Fußgängerbrücke über die B7 Richtung Innenstadt vor. Bisher ist dort eine Treppe mit sieben Metern Höhenunterschied vorgesehen. Leider ist die große Koalition aus SPD und CDU nicht bereit, an den Plänen für den Döppersberg auch nur eine Kleinigkeit zu ändern. Von der IG Friedrich-Ebert-Str. wurde

bemängelt, dass es keine klare Struktur für die Beratung und Beschlussfassung des Elberfelder Einzelhandelskonzeptes unter Berücksichtigung des FOC gibt.

#### Achse Neumarkt – Mirker Bahnhof

Wir als GRÜNE setzen uns für die Entwicklung der Achse Neumarkt – Mirker Bahnhof ein, um Besucher\*innen vom Bahnhof Mirke in die Innenstadt zu locken. Dazu gehören auch Fahrradboxen auf dem Karlsplatz, um sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Pedelecs zu schaffen. Die City kann attraktiver werden, wenn gerade abends die Frequenz des ÖPNV nicht reduziert, sondern erhöht wird.

**Hintergrundinformation:** Die Firmengruppe Clees plant die Ansiedlung eines FOC in der alten Bahndirektion mit ca. 10.000 qm Verkaufsfläche. Ein Teil des Gebäudes soll von einem Hotel

genutzt werden. Das ehemalige Postamt am Kleeblatt soll in einer weiteren Phase 2.500 Parkplätze und weitere 13.000 qm Verkaufsfläche bringen. Beide Gebäude sollen mit einer Fußgängerbrücke über die Gleise verbunden werden. Noch mehr Verkaufsflächen könnten durch Abriss des Gebäudes westlich des Empfangsgebäudes und Neubau (Integration der Fußgängerbrücke) entstehen. Insgesamt könnten es 30.000 qm Verkaufsfläche werden. Die City von Elberfeld hat zurzeit ca. 100.000 qm Einzelhandelsfläche. Zahlen über den aktuell vorhandenen Leerstand gibt es nicht.



Foto: Privat

## FORTSCHRITT FÜR DIE INKLUSION?

### NEUE ENTWICKLUNGEN IN WUPPERTAL & BUNDESWEIT

Seit dem Frühjahr hat Wuppertal eine Inklusionsbeauftragte, die sich sehr engagiert um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung kümmert. Eine erste Handlungsempfehlung wurde jetzt vorgelegt. Darin geht es vor allem darum, wie öffentliche Räume für Menschen mit Handicap besser zugänglich gemacht werden können. Es gibt methodische Hinweise, um das Ziel Inklusion besser zu erreichen. Dazu gehört ein sogenannter Realitäts-Check, wie er bereits in einigen Berliner Bezirken durchgeführt wurde: Menschen mit Behinderung bewerten die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Bereichen. Wir GRÜNE unterstützen dieses Vorgehen, so kann am besten Handlungsbedarf festgestellt werden.

Ein Feld ist die Teilhabe am Arbeitsleben. Hier gibt es bei vielen Unternehmen, aber auch z.B. bei den städtischen Töchtern, noch ein großes

Informationsdefizit, welche Möglichkeiten der Unterstützung bestehen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderung, für die wir uns verstärkt einsetzen wollen.

Während sich in unserer Stadt viel bewegt, um Menschen mit Handicap eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, bereitet uns der Entwurf des Bundesteilhabegesetzes jedoch große Sorgen. Dadurch sollen personenbezogene Regelungen getroffen werden, um die Teilhabe zu erleichtern. Dies ist in einigen Punkten auch gegeben, in anderen sind aber Verschlechterungen zu erwarten, wie in vielen Stellungnahmen, z.B. durch die Wohlfahrtsverbände oder durch den Landschaftsverband Rheinland, deutlich gemacht wurde. Wir GRÜNE hoffen, dass die kritischen Teile noch gründlich überarbeitet werden, denn in seiner jetzigen Form ist das Gesetz nicht zustimmungsfähig.

## RADELN IM ALLTAG

### IN WUPPERTAL GANZ NORMAL UND MIT VIEL POTENZIAL

Wer zum Bäcker will, zieht sich die Schuhe an, plus ggf. eine Jacke, und läuft los. Ganz einfach. So soll es auch beim Radeln sein. Aufsteigen und losradeln. Fertig.

Der Alltag beschert Radfahrenden jedoch erhebliche Hemmnisse, wie zum Beispiel das Hochschleppen des Rads aus dem Keller, Straßen mit vielen abgestellten und fahrenden Kfz, veraltete/mangelhafte/gefährliche Radinfrastruktur, irreführende Wegweiser und fehlende Fahrradabstellanlagen am Zielort.

Die Nutzung des Fahrrads sollte eigentlich so intuitiv wie möglich erfolgen. Hier setzt auch ein „Radverkehrskonzept“ (RVK) an, in dem zuerst wichtige Quell- und Zielpunkte identifiziert werden (was übrigens im Rahmen der Wuppertaler Verkehrsbefragung 2011 bereits größtenteils

erfolgte), um diese Punkte anschließend sinnvoll zu verbinden. Idealerweise sollten diese Verbindungen ein intuitives und sicheres Radverkehrsnetzwerk ergeben.

Die Tatsache, dass Wuppertal bereits eine hochwertige und stark frequentierte Ost-West-Verbindung für den Radverkehr besitzt, nämlich den Radschnellweg „Nordbahntrasse“, ergibt ein RVK der besonderen Art. Um diesen Weg zu erschließen, bietet die Novellierung der StVO aus 2009 günstige und einfache Möglichkeiten, wie die Freigabe von Einbahnstraßen und Busspuren (auch „Umweltspur“ genannt) für den Radverkehr.

Diese Möglichkeiten haben zwar viel Potenzial, wurden aber in Wuppertal in der Vergangenheit von der Lokalpolitik oftmals nicht ausreichend erkannt und auf Basis von hypothetischen und ideologisch begründeten Zielkon-



Foto: Privat

flikten abgelehnt. Ein RVK soll nicht isoliert erstellt werden. Die moderne multimodale Mobilität der Menschen erfordert eine starke Verzahnung mit zum Beispiel einem Nahverkehrskonzept und einem Verkehrsentwicklungsplan, um damit wichtige Synergien zu erkennen. Diese Verzahnung identifiziert automatisch wichtige Standorte für Fahrradabstellanlagen („Bike+Ride“) und steigert das Potenzial des Radverkehrs in topographisch bewegten Stadtteilen erheblich.

Abschließend muss gesagt werden, dass Radverkehrsförderung weltweit eigentlich nach dem gleichen Muster verläuft: Die Zahl der Nutzer sowohl im Fuß-, Nah- als auch im Radverkehr nimmt durch das Bauen von sicherer, schneller und bequemer Infrastruktur rasant zu. Die Nordbahntrasse zeigt uns, dass dieses Muster auch auf die Fahrradstadt Wuppertal zutrifft.

## JAHRESSCHAU WUPPERTALER KÜNSTLER\*INNEN

### ■ MIT DIESEN PFUNDEN SOLLTEN WIR WUCHERN

Die WOGA (Wuppertals offene Galerien und Ateliers) hat sich als Erfolgsgeschichte erwiesen, deshalb galt es, sich Gedanken zu machen, wie man die geballte Energie der Wuppertaler Künstler\*innen erfolgreich weiterentwickeln kann. Nach Gesprächen mit Christa Müller-Schlegel, der ehemaligen langjährigen Vorsitzenden der Künstler\*innenvereinigung GEDOK, sowie mit Harald Nowoczin von der Bergischen Kunstgenossenschaft (BKG) wurde deutlich: Was fehlt, ist eine Jahresschau Wuppertaler Künstler\*innen. Für eine solche Schau bietet sich nur eine Räumlichkeit an: die Kunsthalle Barmen, Außenstelle des renommierten Von der Heydt-Museums. Die GRÜNE Fraktion fand in der Kulturpresse schnell Unterstützung, nachdem sie eine diesbezügliche Anfrage im Kulturausschuss gestellt hatte.

Auch Kulturdezernent Matthias Nocke signalisierte auf einem Treffen des Oberbürgermeisters mit der freien Szene seine Unterstützung. Wuppertal wirbt damit, dass Familien hier preiswerten Wohnraum finden können. Doch sowohl Nocke als auch OB Andreas Mucke wissen, dass dies nicht das einzige Kriterium sein kann. Wup-



pertal wird nur dann wirklich attraktiv, wenn die Stadt auch ein gutes Kulturangebot vorweisen kann. Wenn mehr Geld für Kultur ausgegeben wird, ist das zudem beste Wirtschaftsförderung. Aus GRÜNER Sicht sind die vier Prozent, die für Kultur ausgegeben werden, ohnehin zu wenig, hier muss im nächsten Haushalt dringend nachgebessert werden.

Natürlich ist uns GRÜNEN bewusst, dass es eine Jahresschau der Wuppertaler Künstler\*innen nicht zum Nulltarif geben kann. Dafür muss Geld umgeschichtet werden. Wie das aussehen

kann, haben wir in unserem Antrag für einen Kulturentwicklungsplan (siehe Seite 1) deutlich gemacht. Was inhaltliche Fragen betrifft, könnten u. a. die Fachgebiete Bildhauerei, Fotografie, Malerei, Zeichnungen abgedeckt werden. Und um in der künstlerischen Auswahl Neutralität zu wahren, sollte die sachkundige Jury der Schau möglichst von außen kommen.

Die GRÜNE Fraktion wird weiter dafür arbeiten, dass eine Jahresschau der Wuppertaler Künstler\*innen in der Kunsthalle Barmen baldmöglichst umgesetzt wird.

## GLEICHSTELLUNG IN STÄDTISCHEN GREMIEN

### ■ KAUM VERBESSERUNGEN IN SICHT

**Der städtische Gremienbericht wird jedes Jahr aktualisiert und zeigt, wie viel Arbeit auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Besetzung von Gremien noch vor uns liegt.**

Der neue Bericht wurde bereits im Dezember 2015 von der Verwaltung vorgelegt und konnte im April endlich im Gleichstellungsausschuss und Rat gewürdigt werden.

Wesentliches hat sich im Vergleich zum letzten Bericht jedoch nicht verändert. Von 66 Stadtverordneten sind 23 Frauen, in 20 Aufsichtsgremien gibt es lediglich zwei Frauen in Leitungsfunktion, insgesamt sind von 151 Menschen in Aufsichtsgremien nur 33 Frauen.

Im ersten wie im zweiten Gleichstellungsbericht lautet das Ergebnis, dass noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Das können wir nur unterschreiben.

Alle Fraktionen haben die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Rat beschlossen. Damit verbunden sind das Bekenntnis und das aktive Engagement, sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern einzusetzen. Gerade vor diesem Hintergrund sind

die Zahlen weiterhin nicht akzeptabel. Die Ausrede, dass eine bessere Steuerung nicht möglich sei, wenn man als Partei Direktmandate gewinnt, lassen wir nicht gelten. Neben Frauenförderung über die Aufstellung der Listen kann auch eine gezielte Förderung von Frauen über die Vergabe der Wahlkreise erfolgen. Dies muss man wollen und Frauen gezielt und frühzeitig für zu besetzende Positionen begeistern und stärken.

Des Weiteren ist es für Frauen – aber auch für Männer – in Familienverantwortung schwierig, den Beginn der städtischen Ausschusssitzungen um 16 Uhr mit der Kinderbetreuung in Einklang zu bringen. Auch in diesem Punkt hat die GroKo mehrfach bewiesen, dass sie kein Interesse daran hat, Verbesserungen herbeizuführen, und unsere Anträge dazu abgelehnt.

Auch wenn die jährlichen Berichte keine gravierenden Veränderungen beinhalten, sind sie wichtig. Sie erinnern uns Jahr ums Jahr an die Defizite und appellieren an die Politik, mehr für die Gleichstellung der Geschlechter in Gremien zu tun.

Mehr können diese Berichtsvorlagen nicht leisten, für Veränderungen ist die Politik gefordert.

## MEHR TRANSPARENZ FÜR WUPPERTAL

### ■ GRÜNE BEANTRAGEN SATZUNG

Das Informationsfreiheitsgesetz NRW gibt allen Bürger\*innen das Recht zur Einsichtnahme in Dokumente und Akten der öffentlichen Verwaltung. Dieses Recht muss auf Antrag innerhalb eines Monats gewährt werden. Allerdings ist die Verwaltung berechtigt, für diese Einsichtnahme Gebühren zu erheben.

Bei diesem Verfahren ergeben sich zwei Hürden: Erstens muss die/der beantragende Bürger\*in zunächst einmal eigenständig ermitteln, welcher Teil der Verwaltung für das konkrete Anliegen zuständig ist, zum anderen muss die Person über die finanziellen Mittel verfügen, diesen rechtlich garantierten Informationsanspruch bezahlen zu können.

Die Transparenzsatzung, die wir am 26.04.2016 in den Finanzausschuss eingebracht haben, soll das Prinzip

umkehren und die Verwaltung verpflichten, grundsätzlich alle Informationen in einem frei zugänglichen Internetportal vorzuhalten. Diese Satzung wurde vom Bündnis nrw-blickt-durch erstellt, zu dem sich der Bund der Steuerzahler NRW, der NABU, mehr Demokratie! e.V. und Transparency International zusammenschlossen haben. Ziel ist es u. a., mehr Transparenz zu schaffen, Steuerverschwendung und Korruption zu vermeiden und das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken. Aus den kommunalen Transparenzsatzungen im ganzen Land soll dann in der Zukunft ein einheitliches Transparenzgesetz für ganz NRW werden.

Auf Antrag der CDU wurde unser Antrag ohne weitere Begründung in die nächste Sitzung am 16.06. verschoben. Mit einer Transparenzsatzung ist es sehr viel einfacher für die Wup-

pertaler Bürger\*innen, sich über die politischen Prozesse im Tal zu informieren und eine qualifizierte, unabhängige Meinung zu bilden. Bürgerbeteiligung besteht nicht nur aus einem neuen Dezernentenposten, sondern auch aus der freien und kontinuierlichen Information der Wuppertaler Bürger\*innen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die GroKo zu diesem Thema stellt, die sich auch Stichworte wie „Bürgerbeteiligung“ und „eGovernment“ auf die Fahnen geschrieben hat.

Siehe auch:  
[www.nrw-blickt-durch.de](http://www.nrw-blickt-durch.de)



### KURZ VOR DEM ZIEL ODER WIE EINE BRÜCKE ZUR „SODA-BRÜCKE“ WIRD

Schon dreieinhalb lange Jahre ist es her, dass die Remlingrader Brücke am Beyenburger Stausee wegen Baufähigkeit für den Betrieb gesperrt wurde. Kurz vor dem geplanten Einhub der Brücke wurde die Maßnahme gestoppt – aus Sicherheitsbedenken wegen der

Statik zur Aufstellung des benötigten Krans. Folglich liegt sie denn auf dem Parkplatz in der Nähe und wird dort zu einer Brücke, die halt nur „so da“ liegt.

Man darf auf den weiteren Ablauf gespannt sein ...

## START DER BÜRGERBETEILIGUNG

### ■ EUPHORIE UND ERNÜCHTERUNG

Es begann am 20. Mai in der Gesamtschule Barmen durchaus euphorisch. Etwa 150 Menschen aus Wuppertal starteten in Arbeitsgruppen an Tischen und sammelten Ideen dazu, wie gute Bürgerbeteiligung in Wuppertal aussehen kann und was konkret in Leitlinien geregelt werden soll.

Knapp 100 Beiträge wurden aufgenommen und direkt auf das städtische Online-Portal gestellt.

Über [www.wuppertal.de](http://www.wuppertal.de) sind unter dem Stichwort Bürgerbeteiligung und Bürgerwerkstatt Informationen eingestellt. Bis zum 10. Juni konnten alle interessierten Wuppertalerinnen und Wuppertaler die Beiträge dort ergänzen, bewerten und kommentieren.

Eine Besonderheit des Portals: die Nutzer\*innen sind dazu eingeladen, sich an der Auswertung zu beteiligen, indem sie Kernaussagen herausuchen, inhaltlich passende Beiträge verknüpfen und Erkenntnisse formulieren. Das ist zunächst einmal eine tolle Idee, in der Praxis gibt es erst einmal Hürden zu überwinden.

Wenn ein interessierter Mensch aus Wuppertal die Ergebnisse auf der städtischen Homepage mit der Stichwortsuche Leitlinien sehen möchte, steht er vor einem Hindernis: Er muss sich zunächst registrieren – wohlgemerkt nur, um die Ergebnisse sehen zu können.

Wer auch das erledigt hat und sich einloggt, findet nach dem Anklicken der

Schaltfläche „Erkenntnisse“ den Hinweis „In Kürze“. So macht das keinen Spaß! Wieso muss sich ein\*e User\*in erst registrieren, nur um die Ergebnisse zu sehen? Die Webseite wirkt nicht sehr durchdacht und wenig getestet.

Nur ganz böse denkende Zeitgenoss\*innen werden jetzt vermuten, dass die Bürgerbeteiligung auf diese Weise verhindert werden soll. Das glauben wir zwar nicht, für das Gelingen muss jedoch noch einiges getan werden.

Für das weitere Verfahren erwarten wir eine Verbesserung des Zugangs für Bürger\*innen zum Online-System, damit Bürgerbeteiligung in Wuppertal auf breiter Basis verankert werden kann und akzeptiert wird.

## PRAKTIKA FÜR FLÜCHTLINGE

### STADTVERWALTUNG & STÄDTISCHE TÖCHTER IN DER PFLICHT

Flüchtlinge haben oft eine sehr qualifizierte Ausbildung im Herkunftsland und müssen nun nicht nur in ihrem Alltag, sondern auch im Beruf oft wieder ganz von vorne anfangen. Für viele heißt dies auch, sich beruflich neu zu orientieren. Hierzu gibt es mannigfaltige Unterstützungsangebote der Arbeitsagentur und auch des Jobcenters. Wir GRÜNE glauben allerdings, dass dies längst nicht ausreicht und die Stadt selbst mehr tun muss.

Es gibt vielfältige Berufe bei der Stadtverwaltung und auch den städtischen Tochtergesellschaften wie AWG, ESW, Wuppertaler Bühnen etc.. Hier ist die Chance, im Rahmen von kurzzeitigen, unentgeltlichen Praktika herauszufinden, inwieweit eine berufliche Neu-

orientierung möglich ist. Dies kann im besten Falle zu einer Win-Win-Situation werden, wenn die Stadt über die Möglichkeit der Praktika für Flüchtlinge talentierte neue Mitarbeiter\*innen oder Auszubildende entdeckt.

Deshalb haben wir einen Prüfauftrag an die Verwaltung gestellt, der fast einstimmig im Integrationsrat und im Stadtrat beschlossen wurde.

Man sieht also, dass an dieser Stelle auch der gute Wille der anderen Fraktionen vorhanden ist, das Thema weiter zu verfolgen. Denn letztendlich, da sind sich wohl alle einig, kann Integration nur durch frühzeitigen Spracherwerb und eine Einbindung in den Arbeitsmarkt gelingen. Nutzen wir die Talente! Jetzt!

## RATS-CHRONIK MÄRZ 2016

### Katastrophenschutz bei Störfällen in belgischen AKW

Angesichts der Gefahr durch die maroden belgischen Atomkraftwerke sorgen sich die GRÜNEN um den Katastrophenschutz in Wuppertal. Wir stellten deshalb eine Anfrage an den Rat. Die Verwaltung antwortete, dass ein Krisenstab jederzeit kurzfristig einsatzfähig sei und innerhalb von acht Stunden tätig werden könne.

### Stilllegung der Atomkraftwerke in Belgien

Die Atomkraftwerke in Belgien (Doel und Tihange) stellen im Falle eines Störfalles für die Menschen in Wuppertal zurzeit die größte Bedrohung durch radioaktive Strahlung dar. Unser Stadtverordneter und WSW-Aufsichtsrat Klaus Lüdemann betonte, dass eine radioaktive Wolke innerhalb weniger Stunden in Wuppertal wäre. Zur Abwehr dieser ständigen Gefahr beantragte die GRÜNE Ratsfraktion, dass die Stadt Wuppertal ihre Einflussmöglichkeiten nutzt, um auf die Betreiber einzuwirken, damit die Schrottmöller in Doel und Tihange endlich abgeschaltet werden. Eine weitere Forderung war, sich der Klage der Städteregion Aachen auf Stilllegung anzuschließen. Die SPD wollte sich nicht engagieren und stellte als Alternative einen belanglosen Antrag ohne eine konkrete Forderung, der deshalb von uns abgelehnt, aber mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen wurde. Jetzt wurde bekannt, dass die belgischen Schrottmöller auch nicht erdbebensicher sind.

### Geplante Wohnbebauung an der Müngstener Straße

Die Stadt lehnt den Bau einer Forensik an der Müngstener Straße mit der Begründung ab, dass dort hochwertige Wohnbebauung geplant sei. Bis heute hat kein Gremium einen politischen Beschluss in der Sache gefasst. Deshalb fragte unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert, wann damit zu rechnen sei, zumal die Fläche frühestens im Jahr 2020 frei werde. Die Verwaltung antwortete, dass die Planungen tatsächlich erst dann beginnen werden.

### Erklärung der Stadt Wuppertal gegen Fracking

Eine Bürgerin hatte beantragt, dass Wuppertal sich zur Fracking-freien Gemeinde erklären soll. Unsere Bürgermeisterin Bettina Brücher erläuterte, dass die GRÜNEN sich diesem Wunsch anschließen. Auf Vorschlag des BUND sind es bereits 2.500 Städte und Gemeinden. Der Gegenentwurf der Verwaltung wird von den GRÜNEN nicht unterstützt, weil er keine eindeutige Ablehnung von Fracking beinhaltet. Die Mehrheit des Rates schloss sich der Verwaltungsmeinung an.

### Rundbogenfenster für den Hauptbahnhof

Mit einem Zitat von Johannes Rau begann die Rede unseres Elberfelder Stadtverordneten Klaus Lüdemann, der die Argumente unseres Ergänzungsantrages für den Umbau des Hauptbahnhofsgebäudes mit den ursprünglich

eingesetzten runden Fenstern vortrug. Das klassizistische Bahnhofsgebäude von 1848 ist ein architekturhistorisches Juwel von herausragender Bedeutung und ein Zeugnis für die Wirtschaftsgeschichte der Stadt. Der Bahnhof ist der älteste noch genutzte Großstadtbahnhof in Deutschland, dessen ursprüngliche Architektur zum großen Teil noch erhalten ist. SPD und CDU sahen das leider anders und stimmten dagegen.

### Senkung der Landschaftsumlage

Der Landschaftsverband Rheinland verfügt in diesem Jahr über ungeplante Mehreinnahmen. Deshalb stellten die GRÜNEN den Antrag, dass der Wuppertaler Rat sich einer Initiative zur Senkung der Landschaftsverbandsumlage um 0,25 Prozentpunkte anschließen soll. Unsere gesundheitspolitische Sprecherin Ilona Schäfer erläuterte, dass für Wuppertal dadurch eine Ersparnis von ca. 1,5 Millionen Euro die Folge wäre. Damit könnte unter anderem die in den Haushaltsberatungen viel diskutierte Zuschuss-Erhöhung für die Wohlfahrtsverbände finanziert werden. SPD und CDU wollten dies jedoch nicht und lehnten den Antrag ab.

### Ausschreibung der Stelle eines Beigeordneten für Stadtentwicklung, Verkehr, Bauen, Umwelt

Alle Oppositionsfraktionen stellten gemeinsam den Antrag, die Stelle des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Verkehr, Bauen und Umwelt auszuscheiden, da die bisherige Arbeit

des jetzigen Amtsinhabers durchaus umstritten ist. Die SPD erklärte, sie wolle den Amtsinhaber wiederwählen, und lehnte den Antrag deshalb mit den Stimmen der CDU ab.

### Projekt Seilbahn: ergebnisoffene Prüfung und Bürgerbeteiligung

Die GRÜNEN begrüßen die geplante ergebnisoffene Prüfung des Projektes Seilbahn sehr. Es ist zwar schon etwas spät, wie unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz erläuterte, weil Befürworter\*innen und Gegner\*innen sich schon positioniert haben. Auch ist es nicht optimal, dass die Machbarkeitsstudie erst danach erstellt werden soll und nicht eine Grundlage für die Entscheidungsfindung ist. Die Beteiligung der Bürger\*innen findet unsere volle Zustimmung, denn die Ergebnisse sollen am Ende in ein Gutachten einfließen, das für die GRÜNEN die Grundlage der weiteren Planung bilden wird. Einem Antrag der Linken auf Durchführung eines Ratsbürgerentscheids stimmten wir ebenfalls zu, SPD und CDU erledigten ihn jedoch durch Ablehnung.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de).

## IMPRESSUM

### Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-Mail: [fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de)  
[www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de)

### Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:

Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr, Bettina Brücher, Ute Eichler-Tausch, Susanne Fingscheidt, Axel Frevert, Oliver Graf, Klaus Lüdemann, Guido Mengelberg, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Marcel Simon, Frank ter Veld, Peter Vorsteher, Tanja Wallraf

### Gastbeitrag:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Kreisverband Wuppertal

### Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

### Druck:

talent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

### Auflage: 15.750

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrüne-walderstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38; Zentral- und Stadtbibliotheken

Die Abgabe ist kostenlos!

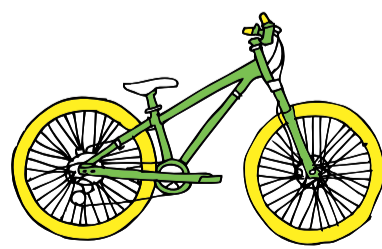


Foto: Privat

## GRÜNE KLIMA-BUSTOUR

Gemeinsam mit Peter Knitsch (Staatssekretär im NRW-Umweltministerium) und Oliver Krischer (umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion) haben die bergischen GRÜNEN auf ihrer Klima-Bustour am 18.6. neben der Villa Media in Wuppertal auch die Dhünn-Talsperre, das Naturgut Ophoven in Leverkusen, die Bürgerenergiegenossenschaft in Solingen

und die Kompostieranlage Ratingen besucht. Alles „Hotspots“, an denen nachhaltige Bildung praktiziert, die Energiewende vorangetrieben, neue Formen der Quartiersentwicklung ausprobiert und Wertstoffkreisläufe professionalisiert werden. Toll war's, so viele wirklich engagierte Menschen zu treffen, die sich für uns und unsere Zukunft einsetzen!



**Fahrrad selber kaufen**

**ABO**  
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“  
und unseren Newsletter regelmäßig  
per E-Mail erhalten möchten,  
bitte eine Mail an

## RATS-CHRONIK MAI 2016

### Regelmäßige Ausstellung für Wuppertaler Künstler\*innen

Im Kulturausschuss am 20.04.2016 hieß es auf eine Anfrage der GRÜNEN noch Nein, einen Tag später schon Ja: Die Verwaltung beginnt mit Planungen, alle zwei Jahre in der Kunsthalle Barmen eine Werkschau Wuppertaler Künstler\*innen durchzuführen. Das ist sehr gut, denn die Künstler\*innen brauchen eine Möglichkeit für die öffentliche Präsentation ihrer Arbeiten. Bis zum Sommer soll das Konzept für die Ausstellung fertiggestellt sein und dann werden Sponsor\*innenmittel für die Realisierung eingeworben.

### Bürger\*innenanträge zur Kleinen Höhe

Im Hauptausschuss fasste die Verwaltung elf Anträge von Bürger\*innen zusammen, die unterschiedliche Vorschläge für den Erhalt der Kleinen Höhe als Grünfläche machten. Diese sollten demnach in einem Abstimmungsvorgang behandelt und als Anregung der Öffentlichkeit in das laufende Bauleitplanverfahren für den Bau einer Forensik eingespeist werden. Unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert schlug vor, über die Anträge einzeln im Hauptausschuss abzustimmen, da die Forderungen der Bürger\*innen unterschiedlich sind und deshalb auch einzeln gewürdigt werden sollten. Normalerweise werden Bürger\*innenanträge immer im Hauptausschuss behandelt. Das lehnten SPD und CDU leider ab. Die Sache mit der Bürgerbeteiligung haben sie wohl noch nicht ganz verstanden ...

### Kein Platz für Zirkusse mit Wildtieren

Die GRÜNE Fraktion stellte den Antrag, dass städtischen Flächen nicht mehr an

Zirkusunternehmen vermietet werden sollen, die Wildtiere wie Elefanten oder Löwen mit sich führen. Einen solchen Beschluss haben bereits hunderte von Städten und Gemeinden zum Schutz der Tiere gefällt, da diese massiv unter der nicht artgerechten Haltung in viel zu kleinen Käfigen leiden. Leider waren SPD und CDU nicht bereit, ihren Hut für einen besseren Tierschutz in die Manege zu werfen, und lehnten den Antrag ab.

### Praktika für Flüchtlinge

Um Flüchtlingen die Integration in Wuppertal zu erleichtern, beantragten die GRÜNEN, dass die Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe prüfen sollen, wo sie Praktika für Flüchtlinge zur Verfügung stellen können, denn der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist für eine gelungene Integration von Flüchtlingen elementar. Der Rat war sich selten bei einem Antrag der Opposition so einig wie bei diesem, er wurde mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

### Arbeitsgruppe Leitlinien für Bürgerbeteiligung

Bereits Ende 2013 forderte unsere Fraktion in einem Ratsantrag die Erarbeitung von Leitlinien für die Beteiligung von Bürger\*innen in unserer Stadt. Nachdem dieses Thema von der Verwaltung auf die lange Bank geschoben wurde, kann der Prozess beginnen: Mit der Bildung einer Arbeitsgruppe setzte der Rat den Start für die Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung. Zehn Vertreter\*innen der Bürgerschaft und jeweils sieben Mitglieder aus Politik und Verwaltung werden sie erarbeiten. Die Auswahl der Institutionen wurde von unserem Fraktionsvorsitzenden

Marc Schulz kritisiert, denn die Wirtschaft hat z.B. zwei Sitze, die Umweltverbände wurden nicht berücksichtigt. Die GRÜNE Fraktion hat diesen Fehler zwar nicht beheben können, aber ihren stellvertretenden Sitz an einen Vertreter der Umweltverbände abgegeben. Der Oberbürgermeister signalisierte, dass die Arbeitnehmer\*innenverbände, die ebenfalls nicht vorgesehen waren, noch in die Arbeitsgruppe integriert werden. Die GRÜNEN schlugen das gleiche Verfahren auch für die Umweltverbände vor und stimmten der Vorlage zu, damit es nun endlich losgehen kann.

### Wuppertal als Fahrradstadt: Radhaus am Döppersberg

Die Verwaltung legte dem Rat eine Vorlage mit drei Varianten für ein Fahrradhaus am Döppersberg vor. Die Politik soll sich bis zum Sommer entscheiden, welches Modell realisiert werden soll. Unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert stellte einen Ergänzungsantrag auf eine sichere Wegeführung vom und zum Radhaus. Den lehnten SPD und CDU leider ab, wir stimmten dennoch für die Vorlage.

### Bericht zur Geschlechterparität in Gremien

Seit 2014 wird der Politik von der Verwaltung regelmäßig ein Spiegel in Sachen Geschlechtergerechtigkeit vorgehalten. In der Vorlage ist der Frauen- und der Männeranteil in den Gremien aufgelistet. Die Zahlen sprechen für sich:

- 66 Stadtverordnete, davon 23 Frauen,
- 20 Aufsichtsgremien, nur zwei Frauen in Leitungsfunktion,
- 151 Menschen in Aufsichtsgremien, darunter 33 Frauen.